

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

90 Rp.

AKTUELL

Delamuraz muss sich Herzoperation unterziehen

Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz (unser Bild) muss sich einer Herzoperation unterziehen. Dies sagte der Vorsteher des Eidgenössischen



Volkswirtschaftsdepartementes (EVD) an der Pressekonferenz gestern nachmittag im Bundeshaus. Es handle sich um eine reine Routineoperation, die mit keinerlei Risiken verbunden sei. Die Intervention betreffe die Hauptschlagader, sagte Delamuraz weiter, der sich trotzdem zuversichtlich für die Übernahme der Präsidentschaft im kommenden Jahr zeigte.

Erste Frau im BAV-Direktorium

Der Bundesrat hat mit der 42-jährigen Juristin Margrith Hanselmann erstmals eine Frau ins Direktorium des Bundesamtes für Verkehr (BAV) gewählt. Die frühere Beraterin von alt Bundesrat Rene Felber wird auf den 1. März 1996 Vizedirektorin und Leiterin der BAV-Abteilung Planung und löst Philippe Gauderon ab. Dieser wechselt als Direktor des Kreises I zu den SBB, wie das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) gestern mitteilte.

PTT bauen das UKW-Sendernetz aus

Die PTT-Telecom nimmt bis Ende nächsten Januars mehrere neue UKW-Sender in Betrieb. Damit soll der beim Fernsehen bereits bestehende Austausch von Programmen über die Sprachgrenzen hinweg auch beim Schweizer Radio verwirklicht werden, wie die PTT gestern mitteilten.

Das wichtigste Vorhaben ist gemäss der Mitteilung die Ausrüstung der Station Chasseral mit UKW-Sendern zur Versorgung des westlichen Mittellandes bis in den Kanton Aargau. Im östlichen Mittelland wird die Station Säntis ausgebaut.

Für die Zentralschweiz wird die Station Rigi nur das Programm des Radio svizzera di lingua italiana (RSI) zusätzlich verbreiten. Dort fehlt eine Frequenz für das Programm RST 1. Mit der Verbreitung der ersten Programme des Schweizer Radios DRS beziehungsweise von RSR und RSI werde der gesetzliche Auftrag des sprachregionalen Programmaustauschs erfüllt; zusätzlich werde auch das Programm DRS 3 verbreitet.

Liechtenstein als Versicherungsstandort in Europa?

Regierung möchte Versicherungsaufsichtsgesetz auf den 1. Januar 1996 in Kraft setzen – Attraktive Möglichkeiten als Offshore-Standort für Captives

(G.M.) – Der EWR-Beitritt eröffnet Liechtenstein ein neues Betätigungsfeld auf dem Gebiete der Finanzdienstleistungen: die Versicherungsbranche. Mit einem Versicherungsaufsichtsgesetz, das am 1. Januar 1996 in Kraft treten soll, werden in rechtlicher Hinsicht die Voraussetzungen geschaffen, um Liechtenstein als Versicherungsstandort in Europa zu etablieren. Besondere Aufmerksamkeit erhalten die Captives, also Versicherungsgesellschaften, die zumeist nur die Risiken der Muttergesellschaft versichern. Der Landtag wird sich am Mittwoch in der Detailberatung nochmals mit der Gesetzesvorlage befassen und voraussichtlich verabschieden.

«Liechtenstein kommt als Offshore-Standort für Captives in Frage», fasste eine vom Institut für Versicherungswirtschaft an der Hochschule St. Gallen von der Regierung in Auftrag gegebene Studie 1993 zusammen. Als Begründung führte das Institut die Tatsache an, dass Captives oft Standorte «offshore» wählen, also ihren Sitz nicht in Ländern er-

richteten, in denen die versicherten Risiken liegen. Als Folge des sehr kleinen Heimatmarktes kommt Liechtenstein gemäss Studie nur als Offshore-Standort für Captives in Frage. Der Versicherungsstandort Liechtenstein dürfte, mutmasste die Zeitschrift «Schweizer Versicherung» vor kurzem, in «Captive-Belangen eine ernsthafte Alternative zum Standort Schweiz darstellen».

Spezielle Zielgruppen

Captive-Standorte sollen nach vorherrschender Marktmeinung eine Reihe von Kriterien erfüllen: Dazu gehören Sicherheit von Tätigkeiten und Anlagen, freier Zahlungs- und Kapitalverkehr, funktionierende Verbindungen sowie die Absenz von behindernden Vorschriften bezüglich den Geschäftsverkehr – kurzum Voraussetzungen, um eine einfache, effiziente und kostengünstige Erledigung der Versicherungsaufgaben zu gewährleisten. Liechtenstein als kleines Land werde sich mit Vorteil auf die Beheimatung von ausgewählten Gruppen

von Captives spezialisieren, stellte die Versicherungsstudie fest. Angeraten wurde vom Institut für Versicherungswirtschaft an der HSG St. Gallen die Konzentration auf Unternehmen oder Branchen mit besonderem Captive-Bedarf sowie die Spezialisierung auf dem

Gebiete des Finanzdienstleistungssektors.

Zustimmung im Landtag

Der Landtag stimmte anlässlich der ersten Behandlung der Gesetzesvorlage grundsätzlich den Vorstellungen der Regierung zur Schaffung eines «Versicherungsplatzes Liechtenstein» zu. Der FDP-Abgeordnete Gebhard Hoch begrüsst zwar die Initiative der Regierung zur Errichtung eines weiteren Standbeines im Dienstleistungsbereich, doch bemängelte er die unterlassene Abklärung des Bedürfnisses nach einem Versicherungsplatz. Auch fehlten nach seinen Ausführungen die zu erwartenden Einnahmen aus dem Versicherungsgeschäft sowie eine Bewertung des volkswirtschaftlichen Nutzens des «Versicherungsplatzes Liechtenstein». Für die Landtagssitzung hat die Regierung, die das Gesetz unbedingt auf den 1. Januar 1996 in Kraft setzen möchte, eine Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen nachgereicht.

Was ist Captive?

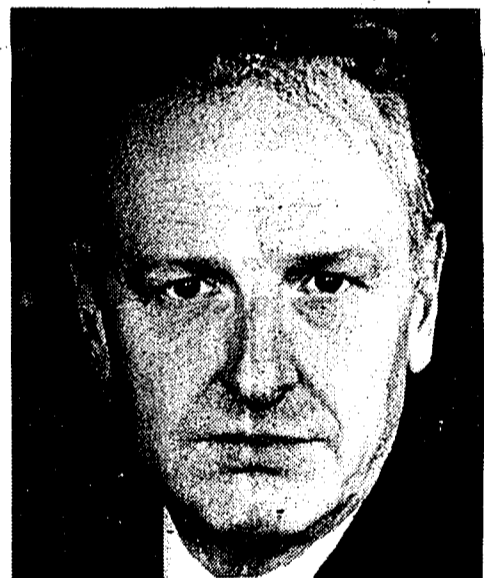
Was ist Captive? Eine Versicherungsgesellschaft, die nur die Risiken der eigenen Muttergesellschaft oder allenfalls die Risiken der Mitglieder eines Verbandes oder einer Gruppe von Gesellschaften versichert. Captives praktizieren eine Form der Selbstversicherung. Sie werden vor allem errichtet, um Versicherungskosten tief zu halten und um Risiken abzudecken, die im Markt nur sehr schwer oder gar nicht versichert werden können.

Neues Schweizer-Parlament hat seine Arbeit aufgenommen

National- und Ständeratspräsidien wurden gestern neu bestellt – Keine Überraschungen bei den Wahlgeschäften

Bern (AP) Das im Oktober neu gewählte Parlament hat gestern Montag mit der Neubestellung der Ratspräsidien seine Arbeit aufgenommen. Der Nationalrat wird in den kommenden zwölf Monaten vom Waadtländer Jean-Francois Leuba (LPS) präsiert, im Ständerat sitzt Otto Schoch (FDP/AR) auf dem Präsidentenstuhl.

Im Gegensatz zum letzten Jahr, als die Wahl des Sprengkandidaten Leuba zum Vizepräsidenten des Nationalrates für eine Überraschung gesorgt hatte, verliefen die Wahlen in den beiden Räten am Montag programmgemäss. Leuba wurde mit 164 Stimmen ins Amt des höchsten Schweizer gewählt, damit wird dieses Amt erstmals während zwei aufeinanderfolgenden Jahren von einem Westschweizer bekleidet; im ablaufenden Jahr wurde der Nationalrat von Claude Frey (FDP/NE) präsiert. Ein Misstrauensvotum gab es bei der Wahl von Judith Stamm zur Vizepräsidentin. Sie erhielt



Jean-Francois Leuba, Nationalratspräsident.



Otto Schoch, Präsident des Ständerates.

zwar 155 Stimmen und schaffte damit absolute Mehr von 95 Stimmen problem-

los, doch gingen insgesamt 34 Stimmen an diverse andere Kandidatinnen und

Kandidaten. Stamm wird nach ihrer Wahl zur Vizepräsidentin im kommenden Jahr voraussichtlich als vierte Frau nach Elisabeth Blunschy (CVP/SZ), Hedi Lang (SP/ZH) und Gret Haller (SP/BE) zur höchsten Schweizerin gewählt.

Wie gewohnt unbestritten waren die Wahlen im Ständerat. Der 61-jährige Ausernhoder Otto Schoch wurde mit 41 von 42 möglichen Stimmen als Nachfolger von Niklaus Küchler (CVP/OW) zum Ratspräsidenten gewählt. Der 59-jährige Edouard Delalay (CVP/VS) übernimmt neu das Amt des Vizepräsidenten, er erhielt alle 42 gültigen Stimmen.

In der traditionellen Ansprache des Alterspräsidenten des Nationalrates zur Eröffnung der Legislatur wies Helmut Hubacher (SP/BS) daraufhin, dass dem neuen Parlament und der Schweiz vier schwere Jahre bevorstünden. Die Gräben zwischen arm und reich, Stadt und Land, West- und Deutschschweiz seien in der letzten Zeit eher tiefer geworden.

Heute erste VOLKSBLATT-Weihnachtsbeilage

Attraktiver Wettbewerb – Informationen über die Angebote der liechtensteinischen Geschäfte



Der heutigen Ausgabe des VOLKSBLATT liegt die erste Weihnachtsbeilage als Sonderdruck bei. Mit vielen Informationen über die Angebote der einheimischen Geschäfte. Aber auch mit einem attraktiven Wettbewerb für unsere Leserinnen und Leser.

Schweiz erteilt Transit-Erlaubnis

Bern (AP) Der Bundesrat lässt erstmals in der Geschichte Nato-Truppen die Schweiz passieren. Die Friedenstruppen für Bosnien dürfen die Schweiz überfliegen oder durchqueren, wie es in einem gestern gefällten Grundsatzentscheid heisst. Die neue Interpretation der Neutralität stiess bei FDP und CVP auf positives Echo: Der Entscheid sei mit der schweizerischen Neutralität vereinbar, stellte Aussenminister Flavio Cotti fest. Die Schweiz sei in Friedenszeiten frei, den Transit fremder Truppen samt Material zuzulassen. Bei einem bewaffneten Konflikt wie beispielsweise dem Golfkrieg hingegen sei die Schweiz gehalten, ihr Territorium keiner Konfliktpartei zur Verfügung zu stellen. Beim Golfkrieg sei der Entscheid deshalb auch negativ ausgefallen. Mit dem Abkommen von Dayton hingegen seien alle Konfliktparteien einverstanden. Die Nato-Truppe müsse ab Mitte Dezember in Bosnien den Frieden sichern; dies sei keine militärische Zwangsmassnahme. Die Schweiz will mit der Transitbewilligung laut Cotti Solidarität gegenüber der Bevölkerung in Bosnien wie auch gegenüber der internationalen Gemeinschaft zeigen.

Fassadenrenovierungen und Isolationen
Innen- und Trockenbau · Brandschutz · Gerüstbau
Roman Hermann
Gipsermeister · Schaan
Tel. 232 24 30 · Fax 232 24 20
DER NAME BÜRGT FÜR SICHERHEIT
9494 Schaan